

## « Pragmatischer Panafrikanismus »

(General Mamady Doumbouya, „Übergangspräsident“)

Frankreich vereinigte vier unterschiedliche Zonen, von der Naturlandschaft und den Wirtschaftsräumen her gesehen, zu einer Kolonie, die wesentlich ein Binnenstaat mit schmaler Anbindung an die Küste ist. Der nationale Diskurs der Bevölkerung und die Politik sind bis heute von dieser Einteilung geprägt.

Die vier Regionen haben eine unterschiedliche Geschichte und waren an verschiedene vorkoloniale Staaten in Senegal, Mali wie Elfenbeinküste angebunden oder hatten eine Bevölkerung, deren Siedlungsgebiet sich in den angrenzenden Staaten, vor allem in Sierra Leone und Liberia, fortsetzte.

Die koloniale Inbesitznahme war verbunden mit erheblichem militärischen Einsatz, vor allem in der Auseinandersetzung mit dem islamischen Militärstaat des Samori Touré (1830-1900). Am beharrlichsten hielt sich der Widerstand gegen die Franzosen allerdings in den Waldregionen, wo die Kolonisatoren bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges immer wieder gegen den primären Widerstand kämpfen mussten. Die koloniale Verwaltung nach dem Ende der Unterwerfung erwies sich allerdings als relativ problemlos. Frankreich tätigte nur geringe Investitionen, denn Guinea hatte bis in die späte Kolonialzeit der Wirtschaft der Industriestaaten wenig zu bieten. Erst in den 1950er Jahren begann die Aufschliessung der guineischen Bodenschätze.

Da Frankreich das Schulwesen stark vernachlässigte, mangelte es an Fachkräften, und die Verwaltung rekrutierte ihre Angestellten in anderen westafrikanischen Kolonien. Die einheimische Arbeitskraft fand eher in schlecht bezahlten Bereichen Verwendung, und erst nach 1945, mit einem weiteren Ausbau der Infrastruktur, der Aufschliessung der Bodenschätze und einer bescheidenen Industrialisierung, stieg auch die Zahl derer, die von Lohnarbeit lebten. Die Modernisierung erfasste die kleine Gruppe der Lohnabhängigen in der Verwaltung, im Transportbereich und im Handel sowie jene Einheimischen, die sich als selbständige Händler gegen die französischen Handelshäuser und die syro-libanesischen Kaufleute, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zahlreich nach Westafrika migrierten, durchsetzen konnten.

Die Gewerkschaften hatten in Guinea grössere Bedeutung als in anderen westafrikanischen Staaten. Ihre Erfolge, wie etwa in den Streiks von 1953, bildeten die Grundlagen für die politische Laufbahn Ahmed Sékou Tourés, der die Politik des Landes im Guten wie im Schlechten bis 1980 bestimmte.

Unter seiner Führung votierte Guinea 1958 gegen die *Gaull's Communauté* aus Frankreich und seinen Kolonien und es kam zu einer heftigen und raschen Entkolonisierung. Im Diskurs der antikolonialen Bewegung war Sékou Touré ein Held und Vorbild für die übrigen afrikanischen Politiker. Die Absage Guineas an die *Gaule* war für die politische Emanzipation Afrikas ein ebenso wichtiges Signal wie die Unabhängigkeit Ghanas 1957. Allerdings zeigte sich bald, dass vieles Fassade war, was den „Pionierstaat“ Guinea ausmachte, und dass sein Staatschef vor allem daran interessiert war, seine Macht ohne Rücksicht auf Menschenrechte und politische Ideale zu halten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich Guinea von einem Agrarstaat zu einem Exporteur von Bodenschätzen (Bauxit, Eisen, Gold) gewandelt, doch konnte die Regierung des unabhängigen Guinea kaum Einfluss auf deren Nutzung nehmen. Sekou Touré schuf mit Hilfe der Einheitspartei PDG (*Parti Démocratique de Guinée*), einer überdimensionierten Bürokratie und abhängiger Rechtssprechung einen extrem autoritären und brutalen Staat, der 2 Mio. Guineer\_innen ins Exil trieb und das Land wirtschaftlich ruinierte. Sékou Tourés Politik einer „positiven Neutralität“ war insofern erfolgreich, als sie die einseitige Bindung Guineas an Frankreich und

französisches Kapital abschwächte. Zu einer wirtschaftlichen Souveränität reichte es nicht, und die wenig abgestimmten staatlichen Massnahmen stürzten das Land bald in eine „ökonomische Anarchie“.

Der Personenkult um Sékou Touré wurde zentraler Bestandteil des politischen Lebens. Die Einheitspartei und die ihr angegliederten Organisationen übernahmen die Kontrolle über die Bürger, bis hinein in Kleinigkeiten des täglichen Lebens. Der Staatschef erfand immer häufiger Verschwörungen, um sich potentieller Gegner zu entledigen. „*Wie konnte sich*“, fragte Ibrahima Baba Kaké 1987 in seinem Buch „*Sékou Touré, le héros et le tyran*“, „*Sékou Touré angesichts unzähliger Gegner so lange behaupten? Was war seine Methode? Die Antwort ist möglicherweise einfach. Sékou Touré hatte als Person eine bestimmte historische Legitimität, er allein repräsentierte den Staat und konnte daher die Guineer auf Dauer entzweien; man muss aber auch sagen, dass nirgendwo anders in Afrika die Armee in diesem Ausmass zur Statistin degradiert wurde*“.

Angesichts des totalen Niedergangs wandte sich der Präsident Anfang der 1980er Jahren wieder Frankreich zu. Die Rehabilitation Guineas wurde jäh unterbrochen, als Ende März 1984 Sékou Touré einem Herzinfarkt erlag. Die nachfolgende Militärregierung bekam zwar auch Unterstützung durch Weltbank und IMF, doch die Wirtschaft und das Vertrauen der Menschen waren so weit zerstört, dass der Neubeginn im Zeichen des Neoliberalismus keine Besserung brachte, sondern Sparprogramme, Korruption, Schattenwirtschaft und Abhängigkeit von fremden Akteuren.

Die Demokratisierung in den 1990er Jahren brachte zahlreiche Parteien, aber auch eine Verschärfung tribalistischer Gegensätze. Die Wahlen liefen in totalem Chaos ab - fehlende Wählerlisten, fehlende Stimmzettel, Wahllokale und Urnen in Flammen - und schliesslich wurde auch die Auszählung der Stimmen manipuliert. Die Bevölkerung erlebte, gewohnt an Desaster, den totalen Zusammenbruch der Infrastruktur, Inflation, Arbeitslosigkeit und eine florierende Parallelwirtschaft.

Proteste zeigten keine Wirkung auf die von Militärs kontrollierte Regierung und 2001 liess sich Präsident Lansana Conté durch ein Referendum das Amt auf Lebenszeit zuerkennen. Er starb 2008 und hinterliess ein geplündertes Land und eine zahlreiche Familie, die sich um ein angebliches Vermögen von 450 Mio. US-\$ stritt.

Zum Nachfolger wurde 2010 Alpha Condé gewählt. Erst im September 2013 gab es Parlamentswahlen. Trotz zahlreicher Unregelmässigkeiten akzeptierten die Global Players diese als Fortschritt. 2020 wurde zugleich mit den Parlamentswahlen über eine neue Verfassung abgestimmt, die die mehrmalige Wiederwahl des Staatschefs erlaubte; unter heftigem Protest der Opposition – zahlreiche Tote und Brandanschläge – sicherte sich die Partei des Präsidenten (*Rassemblement du peuple de Guinée*) 79 der 114 Parlamentssitze. In der Folge liess sich Condé für eine dritte Amtsperiode wählen.

Die politische Auseinandersetzung endete, wie so oft, mit einem Militärputsch. Im September 2021 übernahm eine Junta unter Führung von Oberstleutnant Mamady Doumbouya die Macht, löste das Parlament auf und setzte dafür einen *Conseil nationale de transition* ein, für den sie Vertreter verschiedener Organisationen und Standesgruppen ernannte. Während die alten Parteien Protestversammlungen abhalten, konsolidiert die Armee ihre Macht, verspricht Aktivitäten gegen Korruption und schiebt die Wahlen für eine neue Zivilregierung auf unbestimmte Zeit hinaus. Dass auf der Rohstoffbörse in London der Preis für eine Tonne Aluminium auf 3.000 US-\$ stieg, dürfte weder den Minenarbeitern noch den arbeitslosen jungen Menschen geholfen haben.

Mit der Machtübernahme der Armee setzte sich in Guinea eine Serie von Militärputschen in Westafrika fort, die die global-politische Lage in mehreren Staaten

grundlegend änderten. Der Vorwurf, Frankreich und andere westliche Staaten würden neokoloniale Kontrolle über afrikanische Gesellschaften üben, kam es zum Bruch von Partnerschaften und dem Abzug französischer und US-amerikanischer „Militärberater“ und Truppen; ihren Platz nehmen russische Söldner in der Tradition der „Gruppe Wagner“ ein. Guineas „Interimspräsident“ Doumbouya nannte das Motiv hinter der neuen Entwicklung „*panafricanisme pragmatique*“ und kommentierte die Kritik aus anderen afrikanischen Staaten auf dem Treffen Russland-Afrika in Petersburg 2023 mit der Notwendigkeit einer „selbstbestimmten Entwicklung“: „*Ein Sklave, der nicht rebelliert, verdient kein Mitleid.*“

Kein Mitleid haben die russischen Söldner und ihre einheimischen Partner allerdings mit der zivilen Bevölkerung. Ihr Einsatz gegen Rebellengruppen bleibt dennoch erfolglos und die wirtschaftliche Ausbeutung der Ressourcen Guineas wird weiterhin von China, Indien und globalen Akteuren dominiert.